



Dem Klimawandel entgegensteuern

Kein „Weiter so“ möglich

Am 4. Mai 2007 erschien der 3. Band des Berichts des Weltklimarates der Vereinten Nationen (IPCC). Er stellt klar, dass spätestens ab dem Jahr 2015 der weltweite Ausstoß an CO₂ sinken muss. Dieser muss ab 2050 gegenüber 1990 halbiert werden, um die schlimmsten Folgen des Klimawandels abzuwenden. Es wird außerdem festgestellt, dass es technisch und wirtschaftlich machbar ist, die schwerwiegendsten Auswirkungen der Erderwärmung zu verhindern. Zudem hielten sich die Kosten mit 0,1 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts in Grenzen. In den beiden ersten Bänden des IPCC-Berichts wurden die wissenschaftlichen Grundlagen und die Folgen der Klimaveränderung dargestellt.

Im Dezember diesen Jahres findet auf Bali die 13. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention der VN statt, die auch als 3. Vertragsstaatenkonferenz des Kyoto-Protokolls tagen wird. Sie soll den Beginn umfassender Verhandlungen für die Zeit nach 2012 beschließen. Das Kyoto-Protokoll sieht vor, den jährlichen Treibhausgas-Ausstoß der Industrieländer bis zum Zeitraum 2008-2012 um durchschnittlich 5,2 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Trotzdem konnte es bislang nur wenig am allgemeinen Wachstumstrend der wichtigsten Treibhausgase ändern. Der CO₂-Ausstoß steigt weiter unvermindert an.

Bis 2009 soll ein Nachfolgeprotokoll, das weiterreichende Reduktionsverpflichtungen mit einer größeren Zahl an verpflichtend teilnehmenden Staaten verbinden soll, ausgehandelt werden. Zur Vorbereitung der Konferenz auf Bali fand in Bonn vom 7. bis 18. Mai eine internationale Klimakonferenz mit Teilnehmern aus etwas 160 Staaten auf der Fachebene statt. Die EU hat dort unter Deutscher Ratspräsidentschaft intensive Anstrengungen für erfolgreiche Verhandlungen in Bali unternommen. Sie hat ihre klima- und energiepolitischen Ziele in die Diskussion über Minderungspotenziale eingebracht.

Am 26. April 2007 machte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel in einer Regierungserklärung im Bundestag bereits deutlich, welchen Weg Deutschland künftig in der Klimaschutzpolitik gehen

muss, um den Trend der Klimaveränderung aufzuhalten und die daraus resultierenden Folgen zurückzudrängen bzw. zu begrenzen.

Deutschland muss Vorbild sein

Das Verhalten Deutschlands als größtes Industrieland Europas in Fragen des Klimaschutzes wird international mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Deshalb ist es wichtig und angemessen, dass Deutschland in Europa und international eine Vorreiterrolle einnimmt. Die Europäische Union hat sich, auch auf Grund des Engagements der Bundesregierung, dazu bereit erklärt, ihren Ausstoß an Treibhausgasen bis 2020 um 30 Prozent im Vergleich zu den Werten von 1990 zu verringern. Die Voraussetzung dafür ist, dass andere Industrieländer wie die USA und Schwellenländer wie China und Indien zu einer vergleichbaren Minderung bereit sind. Ansonsten wird die Europäische Union den Treibhausgasausstoß um 20 Prozent zurückführen. Umweltminister Gabriel stellte klar, dass Deutschland den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 reduzieren kann. Dies sollte auch das Ziel sein. Dazu ist ein schnelles und entschlossenes Handeln nötig. Dies entspricht der Forderung der SPD-Bundestagsfraktion.

8-Punkte für ein gesünderes Klima

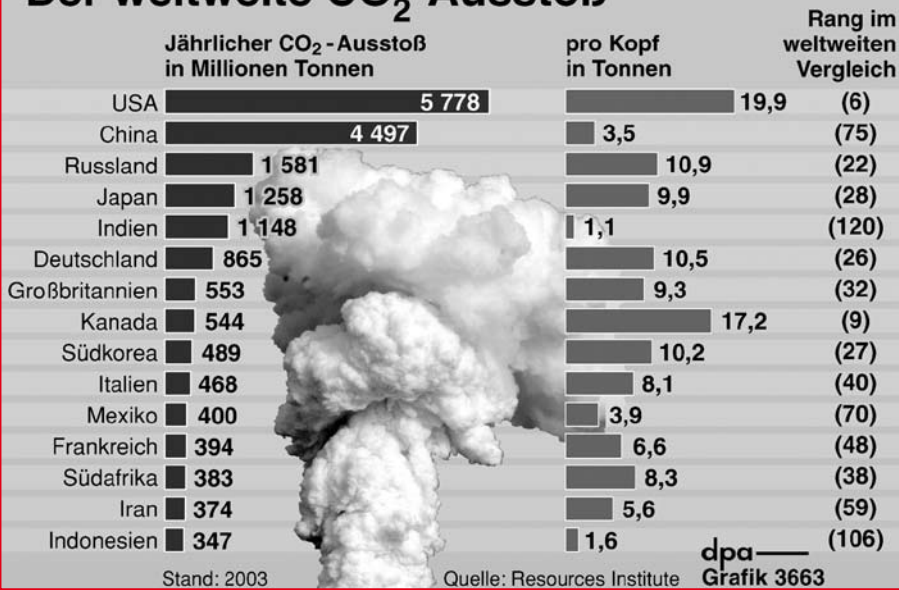
Mit einem 8-Punkte-Plan will Minister Gabriel die Senkung des Treibhausgasausstoßes vorantreiben. Klimaschutz bedeutet den Umbau der Industriegesellschaft.



Im Mittelpunkt stehen dabei die massive Rückführung des Energieverbrauchs, der Neubau effizienter Kraftwerke und große Anstrengungen beim Ausbau von erneuerbaren Energien. Folgende Maßnahmen sind dazu geplant:

1. Den Stromverbrauch um 11 Prozent durch höhere Energieeffizienz zurückzuführen. Dies entspricht einer CO₂-Einsparung von 40 Millionen Tonnen.
2. Die Erhöhung des Wirkungsgrads der Kraftwerke, was 30 Millionen Tonnen CO₂ weniger ausmacht.
3. Den Ausbau des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung auf über 27 Prozent, was eine CO₂-Reduktion von 55 Millionen ergibt.
4. Den weiteren Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung auf einen Anteil von 25 Prozent, was zu einer Einsparung von 20 Millionen Tonnen CO₂ führt.
5. Die Reduktion des Energieverbrauchs durch Gebäudesanierung, effiziente Heizungsanlagen und in Produktionsprozessen ermöglicht eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes von 41 Millionen Tonnen.
6. Durch die Steigerung der erneuerbaren Energien bei der Wärmeerzeugung auf 14 Prozent können 14 Millionen Tonnen CO₂ gespart werden.
7. Durch den Einsatz moderner Technologien im Verkehr und die Steigerung des Anteils der Biokraftstoffe auf 17 Prozent ist die Rückführung des CO₂-Ausstoßes um 30 Millionen Tonnen möglich.

Der weltweite CO₂-Ausstoß



8. Durch die Reduktion des Ausstoßes anderer Treibhausgase wie Methan können weitere 40 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden.

Kernenergie ist keine Lösung

Gabriel erteilte der Atomenergie eine klare Absage. Er machte deutlich, dass zur Sicherstellung der Energieversorgung und des Klimaschutzes die zentralen Handlungsfelder Energieeffizienz und erneuerbare Energien sind. Auch die SPD-Bundestagsfraktion widerspricht den Plänen des Koalitionspartners, die Laufzeit von Kernkraftwerken zu verlängern, vehement.

Klimaschutz bringt Wachstum und spart Kosten

Der Klimaschutz bietet für Deutschland neben allen ökologischen Aspekten die Chance, ein immenses ökonomisches Potenzial zu erschließen und die augenblickliche Führungsposition im Bereich der ökologischen Technologien weiter auszubauen. Das Wachstum dieser Zukunftsbranche drückt sich eindeutig am Arbeits-

markt aus, schon heute sind dort 214.000 Menschen beschäftigt. Zur Fortschreibung dieses Trends ist die Stärkung der Energieforschung eine wichtige Grundlage. Hier hat Deutschland z. B. gegenüber Japan einiges wettzumachen. Werden dort auf dem Sektor 30 Dollar pro Kopf investiert, sind es hier gerade mal 6,20 Dollar. Deshalb legt die Bundesregierung nach und erwartet ein entsprechendes Engagement von der Wirtschaft. Investitionen in den Klimaschutz lohnen und sind langfristig günstiger als die wirtschaftlichen Folgeschäden eines ungebremsten Klimawandels. Laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) würden die sich für Deutschland bis 2050 auf 137 Milliarden Euro belaufen.

Jeder kann mitmachen

Der Klimaschutz beansprucht die Verantwortung jedes Einzelnen. Der Umbau der Industriegesellschaft kann nur gelingen, wenn Bundesregierung, Länder und Kommunen sowie die Handelnden in Wirtschaft und Gesellschaft dafür ihren Teil der Verantwortung übernehmen. Und auch die Bürgerinnen und Bürger können

durch energiesparendes Verhalten ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Hilfe für Entwicklungsländer

Deutschland ist sich als Industrienation und Mitverursacher des Klimawandels seiner Verantwortung gegenüber den Entwicklungsländern, die bereits heute massiv unter den Veränderungen des Klimas zu leiden haben, bewusst. Die Entwicklungsländer sind besonders stark von Dürren und Wassermangel oder vom Anstieg des Meeresspiegels betroffen. Wenn ihnen bei der Anpassung an den Klimawandel wirksam geholfen wird, kann verhindert werden, dass Millionen von Menschen auf der Suche nach Wasser und Brot ganze Regionen destabilisieren. Deshalb hat die Bundesregierung für den bevorstehenden G-8-Gipfel in Heiligendamm, zu dem auch die Schwellenländer eingeladen sind, Klima und Energie zu einem Schwerpunkt gemacht.

Bis 2020 soll in der EU

- > der Anteil der erneuerbaren Energien am Energieverbrauch auf 20 Prozent ansteigen,
- > der Anteil der Biokraftstoffe am Kraftstoffverbrauch 10 Prozent erreichen,
- > die Energieeffizienz um 20 Prozent gesteigert werden und
- > der EU-Emissionshandel ab 2013 weiter gestärkt und ausgeweitet werden.